

aktuell



EU-Gipfel:

Europas Zukunft sichern!

Liebe Leserin, Lieber Leser

Auf dem EU-Gipfel haben die europäischen Staats- und Regierungschefs wichtige Entscheidungen für die Zukunft und die Stabilität der Euro-Zone getroffen. Jetzt kämpft Bundeskanzler Werner Faymann für die Verankerung einer Schuldenbremse in der Verfassung und mehr Verteilungsgerechtigkeit in Österreich. Seite 4

Wer noch auf der Suche nach einem Weihnachtsgeschenk ist, dem können wir mit dieser Ausgabe von „SPÖ Aktuell“ behilflich sein. Wir haben uns umgehört und interessante Buchtipps zusammengetragen. Seite 8

Das Team von „SPÖ Aktuell“ wünscht allen Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsgeschenk und einen guten Rutsch. Wir freuen uns auf ein „Wiederlesen“ im Jahr 2012. Eure Redaktion

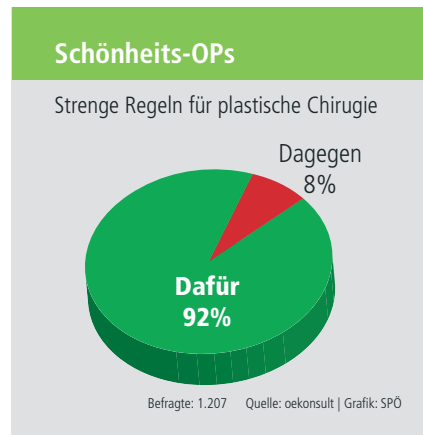
Hinweis in eigener Sache: Auf aktuell.spoe.at kann man bereits donnerstags in der brandneuen Ausgabe unseres Heftes lesen. Oder man benutzt den QR-Code (rechts). Hierzu braucht es ein Smartphone und die entsprechende Software.



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker,
Michael Sifkovits, Mag^a Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: HBF/Wenzel
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags
GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

SPLITTER



Unterstützung für Stöger-Vorstoß

Gesundheitsminister Alois Stöger will strengere Regeln für Schönheits-OPs, insbesondere zum Schutz Jugendlicher, einführen. Einer aktuellen Oekonsult-Umfrage zufolge stimmen 89 Prozent der Befragten zu, dass plastische Chirurgie strenge gesetzliche Regeln braucht und stellen sich damit hinter die Ankündigung des Ministers. Beauty-OPs an unter 14-Jährigen will Stöger ganz verbieten, was 94 Prozent der Befragten befürworten. ♦



PVÖ

Für PVÖ-Präsident Karl Blecha steht fest: Um das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen, braucht es altersadäquate Arbeitsplätze.

Strafen für Zwangspensionierungen

Es ist leider noch immer traurige Realität, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen ihren Wunsch in die Frühpension gedrängt werden. Für den Präsidenten des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ), Karl Blecha, ist das ein unhaltbarer Zustand, denn es muss Ziel sein, Menschen länger gesund im Erwerbsleben zu halten. Maßnahmen wie „fit2work“ sollen das ermöglichen. Blecha, der sich für altersadäquate Arbeitsplätze stark macht, sieht aber auch die Betriebe in der Pflicht und fordert Strafzahlungen für Firmen, die ältere Arbeitnehmer in die Pension drängen. „Ich sehe überhaupt nicht ein, dass bei Frühpensionierungen ausschließlich die Beschäftigten durch Abschlüsse bestraft werden, während jedoch die Betriebe, die die Leute hinausmobben oder hinaus-schmeißen, keine Konsequenzen zu tragen haben“, sagt Blecha. ♦

**WERNER FAYMANN
AUF FACEBOOK**

Dein direkter Kontakt zum Bundeskanzler!
jetzt vernetzen!

facebook.com/bundeskanzlerfaymann

ÖSTERREICH 2020 NEUE AUFGABEN. NEUE ANTWORTEN. NEUE ALLIANZEN. **SPÖ**

Bildung – dieses Thema ist derzeit in aller Munde und auch der Zukunftsdiskurs der SPÖ, Österreich 2020, setzt hier seinen aktuellen Schwerpunkt. Nach dem Initiator des Bildungsvolksbegehrens sowie Vertreterinnen und Vertretern von Lehrern und Schülern, kommt diesmal eine Vertreterin der Elternvereine, Katja Kolnhofer, zu Wort. Seite 14

UMWELT

Atempause fürs Klima

Die UNO-Klimakonferenz in Durban hat kleine Fortschritte gebracht – so wurde u.a. der Fahrplan für ein neues Klimaschutzabkommen beschlossen.

SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger wertet den im südafrikanischen Durban gefassten Beschluss als „weitere Chance, die Klimakatastrophe abzuwenden – diese Chance muss jetzt genutzt werden“. Für Weninger ist außerdem klar, dass der von der österreichischen Regierung „eingeschlagene Weg der Energiewende und des AKW-Ausstiegs konse-

quent und mit vollem Nachdruck weitergegangen werden“ müsse. Karin Kadenbach, SPÖ-EU-Abgeordnete und Mitglied im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments, ortet einen ersten Schritt in die richtige Richtung, um künftig auf globaler Ebene den Klimawandel zu bekämpfen. Kritik übt Kadenbach jedoch am zu weit gefassten Zeitplan. Schließlich sei



Fotolia

Was tun gegen den Klimawandel? Diese Frage stand im Mittelpunkt der soeben zu Ende gegangenen UNO-Klimakonferenz.

klar, dass „jedes Jahr Zögern beim Klimaschutz verheerende Auswirkungen hat“, sagt Kadenbach. ♦



STANDPUNKT

Ein anderes Europa ist möglich!

Gerade der Jahresrückblick ist ein guter Anlass, um Bilanz über die Reformen und politischen Schwerpunkte des vergangenen Jahres zu ziehen und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Wobei hier ziemlich schnell klar wird, dass die Zukunft von Österreich nur in einem sozialen, solidarischen und demokratischen Europa liegen kann. Unabhängig von populistischen Unkenrufen der FPÖ.



Wir müssen den Isolationspredigern eine Vision von einem gemeinsamen starken Europa entgegenhalten.

Österreich hat vom Beitritt zur Europäischen Union enorm profitiert. In unserer exportorientierten Wirtschaft gehen ca. 80 Prozent aller Exporte in die Eurozone – 500.000 Arbeitsplätze hängen direkt daran. Der Euro bringt uns jährlich 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze! Durch die gemeinsame Währung kann ohne Risiko von Wechselkursschwankungen agiert werden und auch Österreichs Tourismus profitiert stark vom freien Reiseverkehr. Wer also heute eine Isolation Österreichs – einen Austritt aus der Euro-Zone – fordert, handelt grob fahrlässig und riskiert hunderttausende Jobs.

Wir haben eine Vision von Europa. Eine Vision von einem anderen, einem sozialen, einem solidarischen, einem demokratischen Europa. Hier gilt es keine Zeit zu verlieren, wir müssen heute die richtigen Pfosten einschlagen! Die Eurozone als Feuerwehr muss erst das Feuer löschen, um dann eine neue Bauordnung verhängen zu können.

Daher ist es genauso richtig, strenge Regeln für die nationalen Budgethaushalte zu beschließen und auch deren Einhaltung zu garantieren, wie Initiativen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu setzen. Die FPÖ predigt hingegen ganz bewusst den Weltuntergang. Sie sind die Brandstifter, die brüllen, dass es brennt. Sie glauben, sie profitieren davon, wenn es den Menschen nicht gut geht. Sie glauben, sie profitieren von Weltuntergangsstimmung und Pessimismus.

Wir müssen den Isolationspredigern eine Vision von einem gemeinsamen starken Europa entgegenhalten.

- » Ein Europa, das unabhängig von Finanzmärkten ist.
- » Ein Europa, das demokratisch ist.
- » Ein Europa, bei dem es Defizitregeln genauso gibt wie Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung.

Wir müssen für Defizitregeln kämpfen, an die sich alle halten – es ist nicht ein-

„Wir haben eine Vision von Europa. Eine Vision von einem anderen, einem sozialen, einem solidarischen, einem demokratischen Europa.“

zusehen, dass man Regeln vereinbart, die dann nicht eingehalten werden. Wir müssen ebenso kämpfen für eine Europäische Rating-Agentur, denn die drei großen Rating-Agenturen, die Einschätzungen über Bonitätsrisiken abgeben, agieren wie im alten Rom nach dem Prinzip Daumen rauf, Daumen runter – ohne jedoch selbst Verantwortung zu übernehmen. Sie machen die Situation noch schlimmer!

Wir brauchen Beschäftigungsprogramme speziell für Jugendliche. Wer heute glaubt, alleine werden wir etwas erreichen, wer heute glaubt, dass Frieden selbstverständlich ist – der hat in der Politik nichts zu suchen. Nachdem es nur noch zwei sozialdemokratisch regierte Länder in Europa gibt, kommt Österreich eine bedeutende Rolle zu. Österreich ist auch ein Vorbild, besonders was Beschäftigungspolitik betrifft. Um unsere Krisenbewältigung, unsere soziale Absicherung, unser Gesundheitssystem und Wirtschaftswachstum beneiden uns viele europäische Länder.

Frohe Feiertage!

Die Bilanz der Regierung Faymann mit den wichtigsten Reformen und politischen Schwerpunkten ist im Detail nachzulesen unter: www.bilanz.spoe.at



Ich freue mich über
Diskussionsbeiträge zum Thema auf
www.facebook.com/laurarudas.at

EU-GIPFEL

EU und Budget auf stabiles

Beim EU-Gipfel haben die Euro-Staaten Schuldenbremsen in der Verfassung vereinbart. Auch in Österreich muss das Budget konsolidiert werden – vermögensbezogene Steuern sind dabei für Bundeskanzler Werner Faymann „eine Frage der Fairness“.



HBF/Wenzel

Bei der Sondersitzung im Parlament formulierte der Bundeskanzler ein klares Bekenntnis zu EU und Euro. Ein Austritt würde Österreich „in den Abgrund führen“.

„Vermögensbezogene Steuern sind eine Frage der Fairness. Millionäre müssen etwas beitragen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Europa versucht, gemeinsam den Weg aus der Schuldenkrise einzelner Staaten zu finden und die Euro-Zone zu stabilisieren. Der EU-Gipfel am 9. Dezember hat dabei wichtige Entscheidungen gebracht: Die Euro-

ro-Länder verpflichten sich zu strenger Budgetdisziplin und verstärken den Schutzwall gegen die Finanzmärkte (s. Kasten rechts).

Für Österreich heißt das: Auch bei uns soll es eine Schuldenbremse in der Verfassung geben.

Zweiter Anlauf für Verfassungsmehrheit

Mit einfacher Mehrheit wurde die Schuldenbremse im Parlament bereits

beschlossen. Nun unternimmt die Regierung einen zweiten Anlauf, um auch die Oppositionsparteien mit ins Boot zu holen und damit die Verfassungsmehrheit sicherzustellen. Es gehe darum, ein „klares Signal“ zu senden, dass sich alle – Bund, Länder und Gemeinden – „verbindlich und verlässlich einverstanden erklären, dass es diese Defizitregel“ gibt, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. Die Gespräche mit den Parteichefs von Grünen und BZÖ sind jedenfalls positiv und „in sehr kon-

Fundament stellen

struktivem Klima“ verlaufen, betont der Kanzler. In der ersten Jänner-Woche wird weiter verhandelt.

Absage an EU- und Euro-Austritt

Keine Gespräche gibt es mit der FPÖ, die an ein Ja zur Schuldenbremse un-erfüllbare Forderungen stellte und raus aus der Euro-Zone und der EU will. Für Werner Faymann ein „verantwortungs-loser Kurs“. Ein Austritt Österreichs aus der Euro-Zone würde zu Massen-arbeitslosigkeit und Rezession führen, betonte der Kanzler in der Sondersit-zung des Nationalrats zu den Beschlüs-sen des letzten EU-Gipfels. Daher ist klar: „Wir werden weder die Europäi-sche Union zerreißen noch austreten.“ Es gehe darum, alles zu unternehmen, um das Fundament für ein gemeinsa-mes Europa zu bilden, „um nicht den Finanzmärkten die Wirtschaftspolitik zu überlassen“.

Konsolidierung mit vermögensbezogenen Steuern

Wie die notwendige Budgetkonsolidie-rung in Österreich umgesetzt wird, soll nun in den nächsten Wochen verhan-delt werden. Der Konsolidierungsbe-darf liegt 2012 bei rund zwei Milliarden Euro, es soll einen Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen geben. Für den Bundeskanzler ist dabei klar: „Millionäre müssen etwas beitra-gen.“ Vermögensbezogene Steuern sind deshalb für ihn „eine Frage der Fair-ness“. Als Beispiel nannte der Kanzler in der ORF-„Pressestunde“ die Besteue-rung der Wertsteigerung beim Verkauf von Grundstücken – allein diese Maß-nahmen könnte mehrere hundert Milli-onen Euro bringen.

Doppelgleisigkeiten abbauen

Freilich muss auch ausgabenseitig gespart werden – etwa bei der Büro-kratie oder beim Abbau von Doppel-gleisigkeiten. Für den Bundeskanzler wichtig: „Es gilt zu sparen, ohne die Qualität und die Beschäftigungslage zu zerstören.“ ♦

HINTERGRUND

Ein Schritt zur Stabilitätsunion

Der EU-Gipfel am 9. Dezember hat wichtige Weichenstellungen auf dem Weg der EU hin zu einer Stabilitäts- und Fiskalunion gebracht. Ziel ist, durch gemeinsame strenge Regeln für Budgetdisziplin die Euro-Zone zu stabilisieren und Schulden- krisen wie in Griechenland künftig zu vermeiden.

Briten isoliert

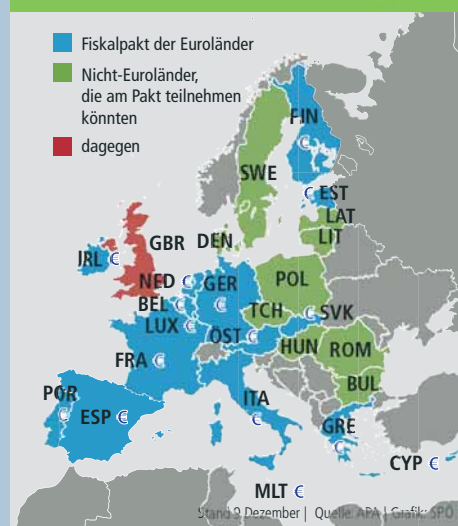
Alle Euro-Länder haben der strengen Haushaltskontrolle zugestimmt. Alle Nicht-Euro-Länder der EU prüfen ebenfalls den Beitritt zu den Vereinbarungen bzw. wollen ihre Parlamen-te konsultieren. Außer Großbritannien. Der britische Premier Cameron, der unter starkem Druck des europakriti-schen Flügels seiner Partei stand, hat-te Forderungen gestellt, um die Lon-doner Finanzmärkte vor Regulierung „zu schützen“. Das Nein der Briten zu einem EU-Reformvertrag hat den Bri-ten jedenfalls in ganz Europa viel Kri-tik eingebracht. Bundeskanzler Werner Faymann attestierte Cameron „einen völlig falschen Zugang“; „Die Innenpo-litik war wieder einmal stärker als die Europapolitik“.

Statt einer Änderung des EU-Vertrages wird es jetzt 26 zwischenstaatliche Ver-träge geben. Da die Budgethoheit na-tional bleibt, stellt sich in Österreich auch nicht die Frage einer Volksabstimmung.

Die wichtigsten Ergebnisse des Gipfels:

- » Die Euro-Staaten haben vereinbart, Schuldenbremsen in ihren Verfassun-gen zu verankern. Ziel ist grundsätz-lich ein ausgeglichenes Budget – d.h. nicht mehr als 0,5 Prozent strukturel-les Defizit (bereinigt um Konjunktur-schwankungen).
- » Weiterhin gilt die Maastricht-Gren-ze von 3 Prozent Defizit. Bei Über-schreiten dieser Grenze wird in Zu-kunft ein automatischer Sanktions-mechanismus gestartet. Dieser kann nur mit einer qualifizierten Mehrheit der EU-Länder gestoppt werden. Die

Beschlüsse des EU-Gipfels, 9.12.2011



EU-Kommission bekommt mehr Kont-rollrechte, ob die Budgets dem Stabili-tätspakt entsprechen.

- » Als „Schutzwall“ gegen die Finanz-märkte wird es zusätzliche Mittel der EU an den Internationalen Währungs-fonds geben; der permanente Ret-tungsmechanismus ESM wird um ein Jahr früher in Kraft treten.
- » Alle nicht Euro-Länder – bis auf Groß-britannien – ziehen einen Beitritt zu den Beschlüssen ebenfalls in Erwä-gung.

Klar ist, dass es über die beschlossenen kurzfristigen Maßnahmen hinaus wei-tere Schritte braucht, um nachhaltig für Stabilität in der Euro-Zone zu sorgen. Ziel muss ein langfristig funktionieren-des Europa mit sozialen Standards sein. „Europa muss stark genug sein, um sich vor Spekulation und zu vielen Schulden zu schützen, die uns in die Fänge der Fi-nanzmärkte führen“, betont Bundeskan- zler Werner Faymann.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN

Auf Augenhöhe mit den Unis

Der Ministerrat hat das neue Dienstrecht für Pädagogische Hochschulen (PH) beschlossen. Das ermöglicht zukunftsweisende Weichenstellungen, wenn es darum geht, die PH aufzuwerten und auf Augenhöhe mit den Universitäten zu bringen.

Es sind überaus erfreuliche Zahlen, die Bildungsministerin Claudia Schmied vor kurzem präsentieren konnte: Im aktuellen Studienjahr befinden sich an den Pädagogischen Hochschulen bereits rund 13.300 Studierende in Erstausbildung. Zum Vergleich: 2007/08 waren es knapp 7.300. Mit rund 109.600 Pädagoginnen und Pädagogen, die im vergangenen Wintersemester an den PH in Fort- und Weiterbildung waren, unterstreichen die Pädagogischen Hochschulen ihre Bedeutung nachdrücklich. Diese Zahlen zeigen, dass die Weiterentwicklung der PH auf gutem Weg ist. Dafür sorgt auch ein Dreier-Reformpaket, das Ministerin Schmied bereits im Oktober vorgestellt hat. Im Kern geht es darin u.a. um die Stärkung der Forschungskompetenz und um Qualitätsentwicklung. Die Umsetzung dieser Reformen ist auf Schiene: So wurden Ausschreibungen für neue Studienangebote ebenso gestartet wie Stipendienprogramme für



Mehr Studierende, mehr Forschungskompetenz und ein modernes Dienstrecht: Unsere Pädagogischen Hochschulen werden Schritt für Schritt aufgewertet.

Doktorate im Bereich Forschung. Mit dem neuen Dienstrecht für PH-Lehrende wurde ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Stärkung der PH beschlossen. Das ist auch deshalb so wichtig, weil die „Pädagogischen Hochschulen die zen-

tralen Bildungs- und Fortbildungsstätten für alle Lehrerinnen und Lehrer sind“, bekräftigte Schmied. Die PH sind außerdem wichtige pädagogische Begleiter aller zentralen Bildungsreformen, wie z.B. der Neuen Mittelschule. ♦

GESUNDHEIT

Mehr Sicherheit im Krankenhaus

Ab 2012 wird das Patientenhandbuch wichtige Informationen über und vor allem für Patientinnen und Patienten bereitstellen.



Bildbox

Wichtige Aspekte für die Patientensicherheit: Gute Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den verschiedenen Berufsgruppen im Spital und den Patienten.

Das Handbuch ist ein Leitfaden für einen sicheren Spitalsaufenthalt, in dem Patienten ihre persönlichen Daten, ihre Medikation und Fragen an die Mediziner eintragen können. Sie er-

halten außerdem wertvolle Tipps für die Zeit vor, im und nach dem Spital. Patienten werden dabei ermutigt, Fragen zu stellen und darauf aufmerksam zu machen, wenn ihnen beispielsweise ihre Medikation nicht richtig vorkommt. „Sicherheit für Patientinnen und Patienten beim Krankenhausaufenthalt entsteht durch Information“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger.

Handbuch als Kommunikationshilfe

„Ein Krankenhausaufenthalt ist immer eine besondere Situation. Es ist wichtig, die Bedürfnisse der Patienten ernst zu nehmen und sie zu unterstützen“, unterstreicht der Minister. Das Handbuch fördert die Arzt-Patienten-Kommunikation, was rund die Hälfte der sogenannten

„unerwünschten Ereignisse“, die bei acht bis zehn Prozent der Spitalsaufenthalte vorkommen, vermeiden helfen könnte. Dazu zählen u.a. allergische Reaktionen auf Medikamente oder Wundinfektionen wegen Nichteinhaltung der Hygienestandards. Das Handbuch wurde in Dänemark entwickelt und von der Plattform für Patientensicherheit für Österreich adaptiert. Es kommt ab dem Frühjahr 2012 in einigen Spitälern testweise zum Einsatz und wird anschließend evaluiert. ♦

WEBTIPP

Das Handbuch steht auf der Webseite des Gesundheitsministeriums unter www.bmg.gv.at zum Download zur Verfügung.

VERWALTUNGSREFORM

Richtungweisende Reform der Verwaltungsgerichte

Durch schlankere Strukturen und raschere Verfahren werden Bürger künftig schneller zu ihrem Recht kommen. „Das ist die größte Reform des Rechtsschutzes seit Bestehen der Bundesverfassung“, freut sich Bundeskanzler Werner Faymann über den Ministerratsbeschluss.



Fotolia eine über 20 Jahre andauernde Diskussion erfolgreich zu einem Abschluss geführt. Dank dafür gilt Staatssekretär Josef Ostermayer, der für das Zustandekommen eine wesentliche Rolle spielte. „Die neue Struktur reiht sich ebenso wie das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl in eine Kette von verwaltungsreformatorischen Maßnahmen ein, die gleichsam wie Zahnräder ineinandergreifen“,

desamt für Fremdenwesen und Asyl etwa wurden 194 Stellen in nur eine Behörde zusammengeführt. Daraus ergeben sich Einsparungen von zirka 30 Millionen Euro pro Jahr.

Startschuss 2014

Mit dem Jahr 2014 soll die Umsetzung in Bund und Ländern starten: Dann nämlich soll der Startschuss für das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl und für die Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgen. Zuvor muss im Parlament eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden. „Ich bin zuversichtlich, dass wir für dieses große Reformprojekt auch Unterstützung von der Opposition erhalten“, sagt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. ♦

Weiterer Schritt in der Verwaltungsreform:
120 Sonderbehörden werden zu elf Gerichten zusammengeführt.

120 Sonderbehörden werden in elf Gerichte zusammengeführt. Damit wird

betont Ostermayer. Doppelgleisigkeiten werden abgeschafft, Abläufe und Strukturen werden zusammengeführt. Beim Bun-

BUNDESHEER

260 Millionen Euro für moderne Arbeitsstätten

Verteidigungsminister Norbert Darabos startet eine Investitionsoffensive bei Kasernen: Bis 2015 sind Infrastruktur-Investitionen in Höhe von 260 Millionen Euro geplant.

Im Bereich der Kasernen werden wir auch in den kommenden Jahren deutliche Akzente setzen“, kündigte Verteidigungsminister Norbert Darabos an. Trotz angespannter Budgetlage: Bauvorhaben haben Priorität, so der Minister, „immerhin sprechen wir hier von den Arbeitsstätten unserer Soldatinnen und Soldaten“. Darabos will, dass die Investitionen in das Bundesheer vor allem bei der Truppe ankommen. Der Sparstift soll bei der Verwaltung angesetzt werden. Von 2012 bis 2015 sind pro Jahr etwa 65 Millionen Euro für Infrastruktur-Investitionen vorgesehen. Im Jahr 2012 könnte das Baubudget sogar auf mehr als 80 Millionen Euro ansteigen – vorausgesetzt, die Liegenschaftsverkäufe können wie geplant umgesetzt werden.

Über 20 Neubauten und Sanierungen

2012 wird mit etlichen Bauprojekten begonnen. So wird unter anderem die Dabsch Kaserne in Korneuburg bis 2013 saniert, in Bruck/Neudorf in der Benedek Kaserne ist ein Neubau bis 2014 geplant. In der Erzherzog Johann Kaserne in Straß wird ein neues Unterkunftsgebäude errichtet. Saniert werden außerdem die Lutschounig Kaserne in Villach, die Schwarzenberg Kaserne in Salzburg und die Haspinger Kaserne in Linz. Bereits laufende Bauvorhaben, die nach 2012 fertig gestellt werden, gibt es unter anderem in der Maria Theresien Kaserne in Wien, in der Raab Kaserne in Mautern und in der Burstyn Kaserne Zwölfaxing. In Güssing wird in Kooperation mit



Insgesamt werden bis 2015 über zwanzig Kasernen neu gebaut, erneuert oder teilsaniert. Eines der Projekte ist die Entstehung der Musterkaserne in Güssing (Modell).

der Bundesimmobilien-Gesellschaft seit 2010 außerdem eine „Musterkaserne“ errichtet. ♦

Weihnachtszeit ist Lesezeit

Lesen hat immer Konjunktur. Aber gerade rund um Weihnachten stehen Bücher besonders hoch im Kurs. Denn Bücher sind ein beliebtes Weihnachtsgeschenk. Außerdem: Was gibt es Schöneres, als mit einem guten Buch im mollig Warmen zu sitzen. SPÖ Aktuell hat sich umgehört mit welchem Lesestoff sich die kalte Jahreszeit am besten verbringen lässt. Wir wünschen schöne und spannende Lesestunden mit unseren Buchempfehlungen.

Pertramer



Barbara Prammer, Nationalratspräsidentin

Fliegen mit fremden Federn

Der Liedermacher und Lyriker Wolf Biermann hat zu seinem 75. Geburtstag sich und uns ein wunderbares Buch geschenkt.

Eine Schatzkiste voll mit Liedern und Gedichten aus aller Welt, Zufallsfunde, wie er sagt, die er „in mein Deutsch gebracht“ habe. Biermann nennt dieses Buch ein Sammelsurium aus Erlesenem und Erhörtem, erlesenen Gedichten und erhörten Liedern. Ich mag an Wolf Biermann die Lust an der Sprache und wie er Worte zu Melodien formt. Beides findet in diesem Buch seinen Niederschlag. Mich faszinieren die Poesie der Texte und deren Übersetzung in die ihm eigene Sprache, eingebettet in Erinnerungen und Beschreibungen, ergänzt und buchstäblich untermalt durch die für Biermann typischen handschriftlichen Anmerkungen. Ein Buch, das einen fliegen lässt.

Wolf Biermann: **Fliegen mit fremden Federn**. Hoffmann und Campe, Hamburg 2011; 544 S., 26,80 Euro



SPÖ



Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbands Österreichs

Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle

Als Lektüre zu den Feiertagen empfehle ich das neu erschienene Buch Markus Marterbauers „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“.

Gespräche, Festreden, Telefonate, elektronische Kommunikationsformen, sie alle drehen sich um Finanzkrise, Wirtschaftskrise und Schuldenkrise. Das Kernthema aber müsste Verteilungsgerechtigkeit sein. Marterbauer rüstet uns mit den richtigen Argumenten für den Kampf gegen die weltweite Ungleichheit auf. Und er stützt sich auf die neuesten Studien, die heute in den Medien bewusst verschwiegen werden. Das Buch ist eine Handlungsanleitung für kritische Bürger, die nicht nörgeln, sondern mehr für eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen tun wollen. Er macht Mut, das Bestehende nicht mehr hinzunehmen, sondern es zu verändern.

Markus Marterbauer: **Zahlen bitte!** Deuticke Verlag, Wien, 2011; 256 S., 18,40 Euro



Knie



Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende

Dem Land geht es schlecht

Tony Judt beschreibt, wie sich der Zugang zu Staat und Wirtschaft im letzten Jahrhundert entwickelt hat, wo wir heute stehen und was in Zukunft möglich wäre.

Da ich auch Bundesministerin für den öffentlichen Dienst bin, kann, ja, muss ich dieses Buch empfehlen. Judt verteidigt den Sozialstaat und fordert eine neue Debatte abseits vom eigenützigen Gewinnstreben. Auf knapp 200 Seiten erinnert er uns daran, was wir dem modernen Sozialstaat zu verdanken haben und dass wir diesen nicht aufs Spiel setzen dürfen. Gerade beim Staat dürfen Gewinn und Effizienz nicht die einzigen Entscheidungskriterien sein. Der Staat muss auch Entscheidungen treffen können, einfach weil sie richtig oder gerecht erscheinen. In seinem letzten Werk spricht uns Judt Mut zu, die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu verteidigen.

Tony Judt: **Dem Land geht es schlecht**. Carl Hanser Verlag, München, 2011; 192 S., 19,40 Euro





Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten

Leben ohne Mindestlohn – Arm wegen Arbeit

Mehr als eine Million Menschen in Deutschland sind auf Leistungen vom Staat angewiesen, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reicht.

Der Vorsitzende der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff lassen in ihrem gemeinsamen Buch diejenigen zu Wort kommen, die unter miesen Arbeitsbedingungen leiden, aber auch jene, die dagegen kämpfen.

Das Buch zeichnet ein düsteres Bild von der Arbeitssituation in Deutschland. Ein eindrucksvoller, weil authentischer Bericht darüber, wie wichtig gewerkschaftliche Arbeit ist. Auch in Österreich nimmt die Zahl der „working poor“ zu: 350.000 Personen haben trotz Arbeit ein Einkommen unter der Armutsgrenze. Das sind um 38 Prozent mehr als vor zehn Jahren.“

Wallraff, Bsirske, Möllenberg: **Leben ohne Mindestlohn – Arm wegen Arbeit.** VSA, Hamburg 2011; 174 S., 13,20 Euro



Tina Tauß, Vorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ (JG)

Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden

Die erste Frau im Staat, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, zieht mit ihrem Buch Zwischenbilanz über ihr politisches Leben.

Sie beschreibt in ihrem Buch die Erfahrungen, die sie im Laufe ihrer politischen Stationen gemacht hat. Besonders spannend ist es, ihren Werdegang vom Aufwachsen in Ottnang mit den ersten politischen Aktivitäten – sie war u.a. in der Jungen Generation – bis hin zu ihrer parlamentarischen Tätigkeit in Wien mitzuverfolgen. Prammer gibt in ihrem Buch neue Antworten auf alte, immer gültige Fragen, die uns heute noch beschäftigen. Wie kann Gerechtigkeit in der Gesellschaft hergestellt werden? Wie kann man wieder die Begeisterung für die Demokratie wecken? Eine empfehlenswerte Lektüre über das politische Leben der ersten Frau im Staate.

Barbara Prammer: **Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden.** 2011 Styria Premium, Wien 2011; 240 S., 24,99 Euro



Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend (SJ)

Bankrotteure bitten zur Kasse

Der Autor schreibt darüber, warum die Staatsverschuldung direkt mit der neo-liberal orientierten Wirtschaftspolitik verbunden ist.

„Klassenkampf“ wird im politischen Diskurs gerne als ein Begriff aus der historischen Mottenkiste dargestellt, findet aber weiterhin statt – nur nicht in die Richtung der Lohnabhängigen, sondern zugunsten des Kapitals. Der Verzicht auf Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen ist untrennbar mit trister Einnahmesituation und, damit einhergehend, mit zunehmender Staatsverschuldung verbunden. Leibigers Buch glänzt nicht nur durch mit Zahlen belegte Analysen, sondern auch mit einer brisanten Aktualität. Er beleuchtet u. a. die Griechenland-Krise und den Sparzwang, der in ganz Europa den Handlungsspielraum der politischen Instanzen noch mehr zurückdrängt.

Jürgen Leibiger: **Bankrotteure bitten zur Kasse.** PapyRossa, Köln 2011; 276 S., 17,40 Euro



Christian Oxonitsch, Vorsitzender der Kinderfreunde Österreich

Geschichten, die die Schule schreibt

Christine Dobretsberger hat in ihrem Buch Geschichten und Erlebnisse von Lehrerinnen und Lehrern zusammengetragen.

Diese geben teils humorig einen lebendigen Einblick in den Schulalltag, aber auch ernsthafte Fragen unseres Bildungssystems werden angesprochen. Ob Schulausflüge, Rasta-Locken oder Feriendepression – es sind die „kleinen“ Geschichten, die einen in manchmal „abstrakten“

Bildungsdebatten auf den Boden der Realität zurückholen. „Geschichten, die die Schule schreibt“ lassen einen schmunzeln, aber auch nachdenklich werden. Eines wird in den bunt zusammengetragenen Texten jedenfalls ganz deutlich: Das Herz, das unsere Schulen zum Schlagen bringt, sind die Lehrerinnen und Lehrer, die mit viel Leidenschaft und Engagement einer Berufung nachgehen.

Christine Dobretsberger: **Geschichten, die die Schule schreibt.** Molden Verlag, Wien 2011; 208 S., 19,95 Euro



GLEICHBEHANDLUNG

Große Töchter endlich in der Bundeshymne

Ab 1. Jänner 2012 werden in der Bundeshymne neben Österreichs Söhnen auch „die großen Töchter“ besungen. Das hat der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen.



Die Frauensprecherinnen von ÖVP, SPÖ und Grünen, Schittenhelm, Wurm und Schwentner freuen sich, dass jetzt auch die Töchter besungen werden.



Im Anschluss an die Beschlussfassung stimmte der Piaristenchor in der Säulenhalle des Parlaments die neue Hymne an.

Geändert wird der Text der Bundeshymne an zwei Stellen. Statt „Heimat bist du großer Söhne“ wird künftig „Heimat großer Töchter und Söhne“ gesungen. In der dritten Strophe werden die „Brüderchöre“ durch „Jubelchöre“ abgelöst. Damit wird der Text der Bundeshymne erstmals gesetzlich geregelt. Für SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm ist die Textänderung eine „wichtige Facette“ im Bereich der Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Neben Maßnahmen, die in Richtung gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit gehen, ist es „rich-

tig und notwendig“, auch in der Sprache für Gleichberechtigung zu sorgen. „Viele Frauen haben ihren Anteil dazu beigetragen, dass Österreich so dasteht, wie es dasteht, als ein Land, wo es sich gut leben lässt und wo man in vielen Bereichen zusammenhält“, sagt Wurm. Dieser Beitrag soll daher auch entsprechend honoriert werden.

„Symbolischer Wert“

Für SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz hat die Bundeshym-

ne einen „starken symbolischen Wert“. „Die Leistungen von Frauen werden in der Geschichtsschreibung viel zu oft vergessen. Es ist gut, wenn wir in dieser Hinsicht endlich sensibler werden“, sagt Mautz. Hymnen müssen sich geänderten Werthaltungen stellen und sind daher auch nicht „unangreifbar“, betont SPÖ-Klubobmann Josef Cap. Völlig unverständlich ist für Cap die Ablehnung durch FPÖ und BZÖ: „Offensichtlich reicht der FPÖ die männliche Hälfte der Bevölkerung. Wir hingegen sind auch stolz auf die Österreicherinnen!“ ♦

FPÖ

Verbindungen Graf – Küssel aufklären!

SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr will mögliche politische Verbindungen zwischen dem bekannten Neonazi Gottfried Küssel und dem 3. Nationalratspräsidenten Martin Graf aufgeklärt wissen.



Gegen den Rechtsextremisten Küssel, der seit 12. April 2011 in U-Haft sitzt, wurde Anklage wegen Wiederbetätigung erhoben. Er gilt seit Jahrzehnten als Schlüsselfigur der Neonazi-Szene und soll gemeinsam mit anderen hinter der mittlerweile gesperrten Neonazi-Website „alpen-donau.info“ stehen. Zwei

SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr findet die Verbindungen zwischen Grafs Büro und Gottfried Küssel aufklärungswürdig.

Mitarbeiter von Martin Graf wiederum produzierten die Internet-Seite „unzensuriert.at“, auf welcher „Freiheit für Gottfried Küssel“ gefordert wird und Slogans zu lesen sind wie „Schluss mit dem Verbotsgesetz“. „Grafs Mitarbeiter, einer davon sogar Büroleiter des Dritten Nationalratspräsidenten, befinden sich offenbar im persönlichen oder politischen Dunstkreis des Angeklagten Küssel – das ist höchst aufklärungswürdig“, stellt Petra Bayr fest. ♦



EUROPA

Arbeitnehmerförderung muss bleiben!

Der EU-Globalisierungsfonds hilft Arbeitnehmern, die aufgrund von Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer oder der Finanzkrise arbeitslos geworden sind. Dabei soll es auch bleiben, findet SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen.

Die EU-Kommission machte mit einem Vorschlag auf sich aufmerksam, die Gelder des Globalisierungsfonds künftig auch für die Landwirtschaft verwenden zu wollen – und zwar bis zu 83 Prozent. Für Muttonen eine klar abzulehnende Maßnahme: „Der Agrarsektor ist mit 36 Prozent des gesamten EU-Budgets ohnehin bereits der größte Nutznießer des EU-Haushalts.“ Bereits seit Jahren wird darüber geredet, diese Förderungen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Nun weitere Mittel auf Kosten der Arbeitnehmer verteilen zu wollen, kommt nicht in Frage.

„Der Globalisierungsfonds stellt gerade in der heutigen Zeit ein wichtiges



SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen:
„Kein Geld für die Landwirtschaft aus dem EU-Globalisierungsfonds.“

Instrument dar, mit dem die Europäische Union die sozialen Hilfsmaßnahmen der Mitgliedstaaten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirkungsvoll unterstützen kann“, so Muttonen. Wenn der Fonds nicht ausgeschöpft wird – denn so begründete die Kommission ihren Vorstoß – soll er leichter zugänglich werden. Bis jetzt können etwa nur Betriebe gefördert werden, in denen mehr als 500 Menschen ihren Job verlieren. Diese Schwelle kann leicht gesenkt werden, damit mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren. Das vorhandene Geld soll in aktive Arbeitsmarktmaßnahmen investiert werden. ♦

KRIMINALITÄT

Anstieg von Gewalt in der Familie zu Weihnachten

Jedes Jahr zählt der Dezember in der Kriminalitätsstatistik zu den Monaten mit den meisten angezeigten Straftaten, vor allem die Gewalt in der Familie steigt, speziell zur Weihnachtszeit, stetig an.

Raubüberfälle, Diebstähle und Einbruchdiebstähle sind stark rückläufig. Angezeigte Gewalttaten innerhalb der Familie zur Weihnachtszeit steigen jedoch an. Das ging aus einer parlamentarischen Anfrage des SPÖ-Abgeordneten Johann Maier hervor. „Im gesamten Bundesgebiet wurden zu Weihnachten 2010 wesentlich mehr Fälle von familiärer Gewalt angezeigt als in den Jahren zuvor. Das ist die höchste Zahl seit 2000“, sagt Maier. Gab es im Dezember 2009 noch 584 Anzeigen, waren es im Dezember 2010 bereits 702. Im Gegensatz dazu sank die Zahl der angezeigten Raubüberfälle von 443 (2009) auf 379 (2010), mehr als 1.000 Diebstähle weniger wurden angezeigt und bei Einbruchdiebstählen war der Unterschied zum Vorjahr noch größer. ♦



„Es ist erfreulich, dass die Kriminalitätsdaten insgesamt rückläufig sind. Der massive Anstieg bei familiärer Gewalt ist jedoch bedenklich“, sagt SPÖ-Abgeordneter Johann Maier.

BAHN

Gutenstein bleibt auf Schiene

Nach Gesprächen mit dem Verkehrsministerium und den ÖBB wird die Bahnlinie Pernitz-Muggendorf nach Gutenstein weitergeführt.

Es ist ein wichtiger Erfolg für die Bevölkerung dieser Region, dass diese Strecke nicht, wie ursprünglich geplant, mit 11.12.2011 eingestellt wird“, sagt SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. Mit dem Erhalt der vier Kilometer langen Strecke, die Teil der Gesamtstrecke zwischen Wiener Neustadt und Gutenstein ist, werden hier weiterhin sehr attraktive Verbindungen angeboten. Die Strecke kann solange weitergeführt werden, „wie sich die Gleisinfrastruktur noch für den sicheren Betrieb eignet“, so Heinzl. Mittelfristig wird im Strategieplan Zielnetz 2025+ festgehalten, dass bei Bahnstrecken mit stark regionalem Charakter eine Übernahme durch das jeweilige Land angestrebt wird. ♦



Bilderbox

SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl tritt für die Stärkung des Regionalverkehrs ein.

ARBEITER-FISCHEREIVERBAND

Umstrittene Kraftwerksprojekte



Der Präsident des Verbands Österreichischer Arbeiter-Fischerei-Vereine (VÖAFV) Günther Kräuter fordert genaue Auskünfte über Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zweier steirischer Kraftwerksprojekte.

Konkret geht es um die umstrittenen Kraftwerksprojekte in Graz-Puntigam und in St. Michael. Beim Grazer Projekt hat es bereits eine negative Stellungnahme zum UVP-Genehmigungsverfahren durch eine Landes-Fachabteilung gegeben, das Projekt in St. Michael liegt in einem Schutzgebiet. Der Bewerber für dieses Projekt hat schon zugegeben, dass eine spätere Vergrößerung des Kraftwerks sehr wahrscheinlich ist. Nach derzeitigem Stand ist aber keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Im Fall von Graz-Puntigam sagt Kräuter, der



Arbeiterfischerei-Präsident Günther Kräuter verliert keine Zeit. Er fordert „sofortiges Eingreifen“ des Umweltministers.

Projektbetreiber Energie Steiermark AG halte trotz negativem Urteil des Landes an einem „selbst bestellten und finanzierten Gefälligkeitsgutachten fest“.

Arbeiterfischer

Artenschutz muss gewährleistet werden

Die Frage ist jetzt, ob ein Kraftwerk in einem Natura 2000-Schutzgebiet aus Sicht des Umweltministeriums vorstellbar ist und ob dem Ministerium bekannt ist, dass in der Mur bei St. Michael die „weltweit größte Population des seltenen und vom Aussterben bedrohten Huchen“ geschützt wird. Außerdem möchte der VÖAFV-Präsident wissen, ob Berlakovich eine Prüfung des Projekts in Graz durch den Rechnungshof unterstützt, da hier auch die ökonomischen Rahmenbedingungen „stark anzuzweifeln“ sind. Das Kraftwerk in Graz-Puntigam ist schon seit Jahren ein Streitpunkt zwischen Umweltschützern und Energiewirtschaft und auch jenes in St. Michael ist sofort auf Widerstand von Umweltschützern gestoßen. Berlakovich hat nun zwei Monate Zeit zur Stellungnahme. ♦

OBERÖSTERREICH

Leistbares Wohnen für Junge



Das Modell „4x4“ unterstützt Jungfamilien und junge Menschen, die zum ersten Mal eine eigene Wohnung beziehen.

Die Sozialistische Jugend OÖ setzt sich schon lange für das Modell „4x4“ ein. Dabei bekommen 18- bis 30-Jährige, die über ein eigenes Einkommen verfügen und deren Haushaltseinkommen 2.500 Euro netto nicht übersteigt, eine Wohnung zum Fixpreis in Höhe von vier Euro je Quadratmeter. Betriebs- und Heizkosten sind inkludiert. Der Preis von vier Euro ist auf maximal vier Jahre (4x4) befristet. Auch nach dem 30. Geburtstag wird die Standardmiete verrechnet. Ein



umfassendes Belastungspaket in Sachen Wohnbau wird währenddessen von FPÖ-Landesrat Haimbuchner vorbereitet. Die SJ OÖ mit ihrer Vorsitzenden Fiona Kaiser setzt sich „vehement gegen diese Verschlechterungen auf Kosten der Jungen“ ein. ♦

Das Modell „4x4“ ermöglicht jungen Menschen ein unabhängiges Leben in den eigenen vier Wänden.

VORARLBERG

Back to Job nach der Babypause



Eine aktuelle Studie von AK und AMS Vorarlberg bestätigt: Eine familiär bedingte Auszeit oder Teilzeitbeschäftigung wird oft zur Falle für berufstätige Frauen.

Bei einer repräsentativen Befragung unter 423 Frauen kam zutage, dass nur 237 Frauen nach der Kinderbetreuung in den Berufsalltag zurückkehren konnten. Als Hauptgrund für diese besorgniserregende Situation werden eine unzureichende Kinderbetreuung und zu hohe Kinderbetreuungskosten genannt. SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Sie fordert Markus Wallner als



zukünftigen Landeshauptmann auf, sich um eine ausreichende Kinderbetreuung im Land zu kümmern: „Denn nur so können die Vorarlberger Frauen früher wieder ins Berufsleben zurückkehren und auch die durch die Erwerbspause entstehenden Pensionslücken besser schließen.“ ♦

In Vorarlberg gelingt es nur knapp jeder zweiten jungen Mutter, im Berufsleben wieder Fuß zu fassen.

WIEN

Rekordinvestitionen in Kinderbetreuung



2011 war der Bereich der Kinderbetreuung von neuen Rekordinvestitionen gekennzeichnet: Allein für die Kindergärten wurden in Wien rund 590 Millionen Euro aufgewendet – so viel wie noch nie.

Mit diesem Geld wurde nicht nur der Betrieb der 3.919 Kindergarten- und Hortgruppen in Wien finanziert und gefördert, sondern auch der intensive Ausbau der Plätze weitergeführt.

Mit Herbst 2011 hat Wien nun über 15.000 Krippenplätze, rund 50.000 Kindergartenplätze sowie rund 22.000 Hortplätze im städtischen und privaten Bereich. Zusätzlich stehen noch über 1.000 Plätze bei Tageseltern zur Verfügung, die ebenfalls von der Stadt gefördert werden. „Für uns war immer klar, dass der Gratiskindergarten in Wien nicht nur eine Eintagsfliege, sondern ein wichti-

ges Bildungsprojekt ist, auf das sich die Eltern verlassen können“, betont Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. Eine Abschaffung kommt daher nicht in Frage, bekräftigt Oxonitsch.

Kindergartenausbau geht zügig weiter

Allein in den letzten beiden Jahren wurden in Wien über 6.500 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen – damit ist Wien Spitzenreiter unter allen Bundesländern. Und der Ausbau der Plätze geht dank der 15a-Vereinbarung mit dem Bund zügig weiter. Bei den 3- bis 6-jährigen Kindern gibt es schon eine Versorgung von über 100 Prozent, bei den 0- bis 3-Jährigen liegt Wien derzeit bei



Rigaud

Auch im nächsten Jahr sind für die Kindergärten Ausgaben von 600 Mio. Euro vorgesehen.

einer Versorgungsquote von rund 30 Prozent und wird in den nächsten Jahren die 33-Prozent-Marke – also das Barcelona-Ziel – überspringen. ♦

SOZIALISTISCHE JUGEND Unbezahlte Praktika sind Geschichte



Das Ende der unbezahlten Praktika im Bundesdienst ist für die Sozialistische Jugend (SJ) ein wichtiger Erfolg. Jetzt soll die Privatwirtschaft nachziehen.

„Unbezahlte Praktika in den Bundesbehörden und im Bundesdienst sind nun endgültig Geschichte“, begrüßt SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi den dazugehörigen Gesetzesbeschluss, der ein „erster wichtiger Schritt im Kampf gegen prekäre Beschäftigung“ ist. Die seit Jahren kampagnisierte SJ-Initiative „Superpraktikum für alle“ hat sich damit ausgezahlt. „Nun muss die Privatwirtschaft diesem

Beispiel folgen! Den massiven Rückschritten in den Arbeitsbedingungen, welche seit nunmehr über 20 Jahren die Zukunftschancen der Jungen minimieren, muss nun auf allen Ebenen der Kampf angesagt werden“, betont Moitzi. ♦

Wolfgang Moitzi tritt als Interessensvertreter der Jugendlichen weiterhin für menschenwürdige Bedingungen am Arbeitsmarkt ein.

FREIHEITSKÄMPFERINNEN Trauer um Hans Maršálek



Mit dem Widerstandskämpfer Hans Maršálek ist einer der wichtigsten Zeitzeugen der NS-Schreckensherrschaft verstorben.

Bereits in seiner Jugend war Hans Maršálek gegen den Faschismus aktiv. 1942 wurde er von den Nazis nach Mauthausen gebracht. Dort beteiligte er sich am Widerstand und rettete Menschen vor dem sicheren Tod. Nach der Befreiung wurde Maršálek mit der Gründung der Gedenkstätte Mauthausen beauftragt. Sein Buch „Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen“ gilt bis heute als Standardwerk. „Wir sind erschüttert, dass mit ihm nun einer der letzten Überlebenden des KZ Mauthausen von uns gegangen ist“, sagt Ernst Nedwed, Vorsitzender der Sozialdemokratischen FreiheitkämpferInnen. Auch Bundeskanzler Werner Faymann und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zeigten sich tief betroffen. ♦

Der Widerstandskämpfer Hans Maršálek rettete zahlreiche Menschen vor dem Nazi-Terror. Die Sozialdemokratie betrauert seinen Tod.



picturedesk



privat

QUERGESCHRIEBEN

Schule verbessern, aber wie?

Das Bildungsvolksbegehren ist eine Sache – die Unbeweglichkeit des Systems eine andere. Dass das Schulsystem nicht mehr zeitgemäß ist und die Kosten nicht den erwünschten Nutzen bringen, ist bekannt. Eine grundlegende Änderung des Systems, weg von der Trennung in AHS-taugliche und andere Kinder wäre gerade für den Wiener Raum wichtig.

„Meine erste und dringlichste Forderung ist es, Lehrerinnen und Lehrern bereits in der Ausbildung die Vorteile und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Eltern zu vermitteln.“

Weil eine große Zahl von Eltern es wünscht, dass ihr Kind maturiert, um später vermeintlich bessere Jobchancen zu haben, werden eben nicht nur die hochbegabten, interessierten Kinder in die AHS geschickt. Viele tun sich dort sehr schwer, einige davon müssen die AHS erfolglos auch wieder verlassen. Das Lernklima ist in der AHS ganz anders als in der Volksschule. Die ständig wechselnden Fachlehrer sind für die Kinder ungewohnt, vielen fehlt die persönliche Bindung zu einer Lehrkraft. In den Mittelschulen ist der Umstieg nicht ganz so stark spürbar. Wir Eltern haben die Erfahrung gemacht, dass die wenigsten Kinder für ihren Lernerfolg lernen. Sie tun es, weil es Mama und Papa wichtig ist. Deshalb ist es wichtig, durch die Klassenlehrerin/den Klassenlehrer Unterstützung für dieses Projekt zu haben. Gerade aus diesem Grund gefällt uns das Modell der Wiener Mittelschule. Hier gibt es die Verschmelzung aus Fachwissen und pädagogischer sowie persönlicher Betreuung durch AHS- und HS-Lehrer!

Was kann aus dem bestehenden System herausgeholt werden?

Strukturelle Änderungen zu fordern, scheint aber eher ein Wunsch ans Christkind zu sein. Die Frage stellt sich, was aus dem bestehenden System herausgeholt werden kann? Meine erste und dringlichste Forderung ist es, Lehrerinnen und Lehrern bereits in der Ausbildung die Vorteile und



Fotolia

Für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler sind Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern zu gleichen Teilen verantwortlich.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Eltern zu vermitteln. Dies betrifft nicht nur die Arbeit mit Elternvertreterinnen und -vertretern und Elternvereinen, sondern auch die Zusammenarbeit mit Mamis und Papis. Ich höre oft von Lehrerinnen und Lehrern, dass die Eltern von lernschwachen Kindern sich nicht um die Schule kümmern und auch nicht auf Vorladungen reagieren. Für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler sind Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern zu gleichen Teilen verantwortlich. Die Aufgabenstellungen sind aber unterschiedlich. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen es in der verfügbaren Zeit schaffen, die Lehrinhalte den Kindern verständlich zu vermitteln. Aufgabe der Eltern ist es, das Kind zu erziehen, ihm beizubringen ruhig sitzen zu können, nicht dazwischen zu reden, seine Sachen in Ordnung zu halten und vieles mehr. Eltern sollen nicht ständig am Lernerfolg mitarbeiten müssen und Lehre-

rinnen und Lehrer sollen nicht ständig mit verhaltensoriginellen Kindern konfrontiert werden. Damit dies gelingen kann, braucht es eine geeignete Kommunikationsplattform, die es im Moment nicht gibt. Eintragungen ins Mitteilungsheft sind oft missverständlich und reichen nicht aus. Warteschlangen und Fünf-Minutentaktungen bei Elternsprechtagen sind auch nicht das Ideal, um Probleme aus der Welt zu schaffen. Hier sind die Pädagogischen Hochschulen gefragt, in Zusammenarbeit mit den Elternverbänden neue Modelle der Elternkommunikation zu kreieren. Es muss für beide Seiten die Möglichkeit geschaffen werden, sich bei knappen Zeitressourcen trotzdem ausreichend auszutauschen. Es kann nur gemeinsam gehen! ♦

Katja Kolnhofer ist Vorsitzende der Wiener APS Elternvereine.



Ein Gewinn für die Zukunft!

Wir setzen auf CSR. Vom Spielerschutz über den schonenden Umgang mit Ressourcen bis hin zur Unterstützung zahlreicher Organisationen und Projekte im Interesse der Allgemeinheit: Casinos Austria lebt Corporate Social Responsibility seit seiner Gründung vor mehr als 40 Jahren. Für Mensch und Umwelt. Aus Überzeugung.

Gut für Österreich.


CASINOS AUSTRIA



Immer dabei!

Wenn die NASA Raumflüge unternimmt, ist künftig immer auch österreichische Technologie mit an Bord. Dafür sorgt u.a. das High-Tech-Unternehmen „Frequentis“ mit Hauptsitz in Wien, das Infrastrukturministerin Doris Bures vor kurzem besucht hat.

Schon gesehen?

Hingehen und anschauen – dieses Motto gilt für die Ausstellung „Bigger Than Life – 100 Jahre Hollywood“, die derzeit im Jüdischen Museum Wien läuft. Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild mit der Direktorin des Jüdischen Museums, Danielle Spera) hat die sehenswerte Ausstellung bereits besucht.



Schon gelesen?

Über das Thema „Gewalt in der Familie“ kann es gar nicht genug Aufklärung geben. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat daher gemeinsam mit der Autorin Martina Madner das Buch „Bevor der Tod uns scheidet“ an Polizeischülerinnen und -schüler übergeben. Das Buch erzählt die Geschichte dreier Frauen, die sich von Gewalt in der Familie befreit haben.

Niemals vergessen!

Im Gedenken an NS-Opfer hat Verteidigungsminister Norbert Darabos in der Grazer Belgierkaserne vor kurzem einen Gedächtnishain mit Schriftstein seiner Bestimmung übergeben. Am Gelände der Kaserne wurden in den letzten Kriegstagen 1945 bis zu 219 Menschen ermordet – darunter Widerstandskämpfer, Kriegsgefangene und ungarische Juden.

